

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 15 (1935-1936)  
**Heft:** 11

**Rubrik:** Politische Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 26.11.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

stellen, d. h. z. B. das Chlor oder einen anderen Stoff für Kriegszwecke statt für Bleichmittel arbeiten zu lassen, ist keine große Schwierigkeit mehr. Die chemische Industrie ist entschieden rascher auf Kriegsfabrikation umgestellt als z. B. eine Nähmaschinenfabrik auf Granatzünder. Auch dieses Verbot ist unmöglich. Die einzige Möglichkeit bleibt die, den Gebrauch der für Kriegszwecke geeigneten Friedensprodukte zu solchen zu verbieten. Dieses Verbot ist aber aus den zu Anfang der Arbeit auseinandergesetzten Gründen sehr problematisch. Einerseits ist das chemische Kriegspotential für ein Land mit gut entwickelter chemischer Industrie so gewaltig, daß die Versuchung mehr als nahe liegt, einen mit den anderen militärischen Waffen nicht mehr auszuwehenden Rückschlag durch Einführung der chemischen Mittel auszugleichen. Und der andere wunde Punkt ist das Repressalienrecht, das ohne Begründung die Anwendung der Gaskampfstoffe bei oberflächlicher Betrachtung berechtigt erscheinen läßt. Die einzige Möglichkeit der Unterbindung des Gaskrieges ist das Verbot des Krieges überhaupt, das aber unbedingt so lange angezweifelt werden darf und muß, als es möglich ist, daß Völker gegen ein anderes Volk mit roher Gewalt an Stelle des Rechts vorgehen können, und dieses dann wieder jedes Recht in Anspruch nimmt, sich zu wehren, wie es ihm nur möglich ist.

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

**Bilder aus dem Nationalrat. / Kleinarbeit. / Die Zuckersabrik Aarberg und unsere Wirtschaftspolitik. / Von Walther zu Duttweiler. / Um unsere Neutralität. / Offizely. / Unsere Presse. / Die Schüsse von Davos. / Notwendige Folgerungen.**

In den Wochen, die seit unserem letzten politischen Überblick über die innere und äußere Lage der Schweiz vergangen sind, haben sich Ereignisse abgespielt, die nicht nur durch ihre unmittelbaren Auswirkungen äußerst ernst sind, sondern vor allem deshalb eine gesteigerte Bedeutung aufweisen, weil sie und die mit ihnen verbundenen psychologischen Imponderabilien geeignet sind, an die *G r u n d z ü g e* unserer Staatspolitik nach Außen zu rühren. Gegenüber solchen Ereignissen, zumal wenn diese eine Stimmung erzeugen, die ungefähr als das Gegenteil von ruhiger und sachlicher Überlegung bezeichnet werden muß, mag es wohl für den Schreibenden wie für den Lesenden von Vorteil sein, sich jenes Maß ruhiger Beurteilung zu sichern, das zu einer sachlichen Stellungnahme nun einmal unentbehrlich ist. Gerade diese sachliche Stellungnahme den Ereignissen gegenüber vermißt man in den letzten Tagen allzu häufig, und zwar nicht nur auf einer, sondern so ziemlich auf allen Seiten, und wir müssen schon sagen, daß wir unseren Bundesrat, vor allem aber die Chefs des Politischen und des Justizdepartements, um ihr schweres Amt heute weniger denn je beneiden, denn es gehört gewiß ein erhebliches Maß abgeklärter Einstellung und diplomatischer Geschicklichkeit dazu, um angesichts dieses *H e r e n j a b b a t s* von Pressefürmen den richtigen

Weg zu finden — jenen Weg, der ja doch einmal gefunden werden muß, um unser Volk und unsere Außenpolitik aus dem Sturm der Wellen in die ruhige Bahn, in den festen Kurs zu lenken, dessen wir heute, angesichts der äußerst angespannten Weltlage, mehr denn je bedürfen. Und vielleicht ist es gerade die Schwere der Ereignisse, die unsere Führung und unser Volk nun zwingt, ein für allemal Schluß zu machen mit allen Zweideutigkeiten unserer Neutralitätspolitik. . . Nun darf man sagen, daß der Ablauf der Neutralitätsdebatte in der Januarsession der eidgenössischen Räte keineswegs geeignet ist, den Pessimisten Recht zu geben, sondern daß vielmehr gerade diese Debatte dem Beobachter gezeigt hat, wieviel Ernst und Verantwortungsbewußtsein im letzten Grund unserem Parlament und unserem Bundesrat innewohnen, wenn es gilt, die letzten und grundsätzlichen Fragen unserer Außenpolitik zum Wohle des Landes und in der Verantwortung gegenüber der Vergangenheit abzuklären. Das bestärkt uns in der Zuversicht, daß auch die heutigen Schwierigkeiten eine angemessene Lösung finden werden.

\* \* \*

Die Januarsession unserer Räte hat denn überhaupt gezeigt, daß unser Parlament, wenn auch nach langem Zögern und vielem Auf und Ab, wohl in der Lage ist, auch schwere Aufgaben, die ihm gestellt sind, mit Erfolg zu lösen. Wir wetten, daß von denen, die gewohnt sind, den Parlamentarismus am lautesten zu kritisieren, bestimmt die wenigsten sich die Mühe genommen haben, den Verlauf einer grundsätzlichen Debatte in dem viel verschrienen Nationalrat sich einmal während mehrere Tage, bezw. Nächte, anzusehen. Es war ein eindrucksvolles und vielgestaltiges Bild, das sich dem Glücklichen bot, dem es gelang, in jenen stürmischen Januartagen, als die Schlachten über Getreidezoll, Lohnabbau, Benzinzoll und Landescredit tobten, noch eine Journalistenkarte für die überfüllte Tribüne der Zeitungsreporter zu ergattern. Der Überblick über den Saal ist von dieser Stelle aus ganz vorzüglich und die akustischen Verhältnisse, nicht nur wegen der gut funktionierenden Verstärkeranlage, sind es ebenso. Da schwitzten nun die armen Journalisten, die von Berufs wegen gezwungen sind, von morgens bis abends und oft noch bis in die Nacht hinein, ständig die Kopfhörer an den Ohren, nach Art der Telephonistinnen unbeweglich fest zu sitzen und sich die Finger wund zu schreiben, was oft keine interessante, sondern eine höchst mechanische Arbeit sein mußte. Die meisten von ihnen bedienen nicht nur eine, sondern mehrere Zeitungen, und während im Saal unten die Debatte gemächlich dahinfließt, haben sie schon ihre Expresscouverts nach allen Himmelsrichtungen bereit, die, wenn wieder eine Etappe vorbei ist, von flinken Boten abgeholt werden, indessen der bedauernswerte Reporter natürlich gezwungen ist, auf seinem Platz auszuharren, bis es dem Präsidenten gefällt, die Sitzung aufzuheben, und sei es auch nur, um — für 1½ Stunden später eine Nachtsitzung festzusetzen, was von der Journalisten-Tribüne aus denn auch meistens mit reglementswidrigen, aber menschlich nur zu gut verständlichen Protestrufen quittiert wird.

Im Saale selbst war ein ständiges Kommen und Gehen. Und es ist durchaus richtig, daß die Herren Parlamentarier sich häufig dem Genuß des Zeitungslesens hingeben, was aber nicht unverständlich erscheint, wenn man sich überlegt, daß es schließlich nicht möglich ist, von jedem Parlamentarier das Interesse — und die Sachkenntnis — für alle Einzelfragen zu erwarten. Der Grund hiefür liegt irgendwie an der Konstruktion unserer parlamentarischen Debatten überhaupt; denn der Bundesrat legt ja dem Parlament seine Gesetzentwürfe nicht nur in großen Zügen vor, um sich dann die Ausführung im Einzelnen im Verordnungswege vorzubehalten, wie es anderswo geschehen mag, vielmehr werden dem Parlament die Gesetze in allen Einzelheiten, mit allen Detailansätzen, vorgelegt, sodaß sich oft Debatten über Punkte entspinnen, die so speziell sind, daß sie nur das Interesse jener wenigen Spezialisten finden können, die sich überhaupt einmal mit solchen rechnungsmäßigen

oder statistischen Fragen befaßt haben. Es ist dies ein System, das gewiß seine Nachteile hat; indessen haben wir doch beobachten können, daß auch in solchen Debatten aus der Mitte des Saales neue Gesichtspunkte und Anregungen hervortraten, die sowohl der Bundesrat, als die Kommission übersehen hatten. Es ist natürlich unbestreitbar, daß dieses System im Grunde einer gewissen Scheu vor der Verantwortung im Kreise der Exekutive entspringen mag, und außerdem, damit parallel laufend, der noch größeren Scheu der Parlamentarier, von ihren wohl erworbenen Rechten dem Bundesrat mehr zu delegieren, als nun einmal zu den Mindest-Kompetenzen einer Exekutive gehören muß, wenn sie überhaupt funktionieren soll. Andererseits verbreitet eine solche Beobachtung im Volke das wohlthuende Bewußtsein, durch seine Vertreter über alles und jedes mitreden zu können, was im weitern wieder den Vorteil hat, daß die Verantwortung gewissermaßen durch die Parlamentarier ins Volk hinaus getragen wird, sodaß der, dem die Geschichte schlußendlich nicht gefällt, oder die Einzelfrage unrichtig behandelt erscheint, wohl schimpfen kann, aber sich im Grunde an der eigenen Nase fassen, im höchsten Fall die Nase jenes Parlamentariers ergreifen darf, dessen Liste er am 27. Oktober dummerweise in die Urne gelegt hat. In diesem etwas mühseligen und höchst kleinlich erscheinenden System der Detailbehandlung liegt also, bei allen Nachteilen, ein nicht ungesunder demokratischer Gedanke, und, was noch mehr ist, ein eminent praktisches politisches Ventil, das größere Eruptionen aus sich selbst zu verhindern geeignet ist. Das ist ein unbedingter Vorteil des formal-demokratischen Systems, und man erkennt daraus, daß das autoritäre Prinzip, das mit solchem „Mangel an Verantwortung“ aufräumen will, nicht nur Vorteile, sondern auch schwere Nachteile in sich birgt und ob es gleich heute in gewissen Kreisen, denen die prophetische Gabe ja anscheinend schon in die Wiege gelegt wurde, kritiklos als das einzig Wahre angepriesen wird, das man, wenn alle andern Argumente fehlen, allein deshalb gut findet, weil es neu ist.

Die Debatte im Nationalrat hatte unbestreitbare Höhepunkte und die Geister stießen oftmals mit erbarmungsloser Härte aufeinander. Man muß nur die grundsätzliche Frage des Getreidezolls in der Debatte miterlebt haben, oder jene nächtliche Auseinandersetzung über die Maßnahmen des Bundesrates zur Erhaltung des Landeskredits, ferner die Aussprache über die Aufhebung der Portofreiheit, bei der Nationalrat Walthier aus Luzern in einem kurzen, aber umso wirkungsvolleren Votum mit ein paar wuchtigen Streichen jene unglückliche Vorlage buchstäblich zusammenschlug, sodaß jedem Föderalisten im Saale und auf der Tribüne behaglich zu Mute wurde. Daneben gab es allerdings häufig Auseinandersetzungen über einzelne Nebenpunkte, die nun wirklich hätten abgekürzt werden können und die, das soll hier auch nicht verschwiegen werden, gewisse Mängel des parlamentarischen Systems schlagartig beleuchten mußten. Wir meinen hier insbesondere die rührende Debatte über die Zuckerfabrik Warberg. Diese Zuckerfabrik Warberg ist anscheinend eines jener bei uns nicht ganz seltenen Unternehmen, die nur dank direkter oder indirekter Subvention ein mühseliges Dasein fristen, bei deren Wegfall aber auf Grund des wirtschaftlichen Adam Riese eines sicheren Todes gewiß wären. Nun beschäftigt aber die Zuckerfabrik Warberg eine nicht unbedeutende Zahl von Arbeitern, aus diesem Grunde ist sie für die Gegend und den Kanton Bern natürlich „lebenswichtig“. Unter dem Druck von Berner Parlamentariern — der bernische Regierungspräsident sitzt auch im Nationalrat — hat nun der Bundesrat in die Vorlage über den Zuckerzoll den Vorbehalt eingefügt, wonach ein gewisses Quantum Rohzucker, das die Zuckerfabrik Warberg zur Verarbeitung benötigt, zu einem bedeutend ermäßigten Zollsaß, wenn nicht überhaupt zollfrei, eingeführt werden kann. Also eine ganz klare und einseitige Bevorzugung einer Industrie, die aus sich allein niemals lebensfähig wäre und der Konkurrenz mit unbedingter Sicherheit erliegen müßte. Wäh-



rend der Debatte bemerkte man in der Loge einen bernischen Altständerrat, den Präsidenten des Verwaltungsrates dieser, auf der Subvention stehenden, etwas eigenartigen Gesellschaft. Und nun geschah das Unerhörte: Ein Vertreter der sieben Unabhängigen erlaubte sich nämlich, die Geschäftsführung und Leitung dieser Zuckerfabrik etwas unter die Lupe zu nehmen und versuchte den Nachweis, daß da Verschiedenes nicht ganz in Ordnung sei. Wir sind nicht in der Lage, den Fall nachzuprüfen, doch schien es uns, daß diese Ausführungen nicht gerade jeder Grundlage entbehrten. Indes während dieser Rede die Miene jenes Herrn in der Lage immer finsterner wurde, bemächtigte sich aller bernischen Instanzen, größerer und lokalerer Bedeutung, eine merkliche Unruhe. Und nun erfolgte, kaum hatte jener Vertreter der Unabhängigen geendet, der Gegensturm. Man hätte nun erwarten dürfen, daß von der Seite der Befürworter des Projektes ein Mann mit begründeter Argumentation vorgebracht würde, um die Argumente der Gegenpartei zu entkräften, was um so leichter war, als ja die Meinungen längst gemacht schienen und auch der Bundesrat an dem Projekt festhielt. Indessen, es kam ganz anders. Zuerst erhob sich in seiner ganzen Gewichtigkeit der Führer der Bauernfraktion, der Berner Gnägi, und verteidigte mit Argumenten, die man sich ungefähr vorstellen kann, das bundesrätliche Projekt, indem er nicht unterließ, seiner Empörung darüber Ausdruck zu geben, daß ein junger Mann, wie der Vertreter dieser Unabhängigen, es überhaupt gewagt hatte, dieses Blümlein Rühmichnichtan zu pflücken. Als Herr Gnägi fertig war, konnte er nur ein zeitungsliesendes Auditorium feststellen. Nun erhob sich, mit der ganzen Würde, die einem Regierungspräsidenten eigen ist, Herr Stähli, um auch seinerseits in wohl gewählten Worten das Unerhörte des Angriffes jenes Unabhängigen mit Gewicht zurückzuweisen, was aber nicht hinderte, daß er materiell natürlich nicht um ein Jota etwas anderes sagen konnte, als vor ihm Herr Gnägi, der natürlich das Wesentliche längst abgeschöpft hatte. Als er sich setzte, — auf unserer Journalisten-Tribüne hörte man bereits halblaute, aber nicht weniger reglementswidrige Rufe der Kritik — mußte er feststellen, daß sich die Zahl der Zeitungsliesenden gewissermaßen dem Totalitätsgrad bedenklich genähert hatte. Doch, was geschah? Während alles, was irgendwie pflichtgemäß gezwungen war, dieser „Debatte“ zu folgen, den logischen Abschluß in der Abstimmung als selbstverständlich erwartete, erhob sich mit der ganzen Würde, die ihm eigen ist, der Vertreter der Gemeinde Marberg. Hand auf's Herz: hätte dieser biedere Vertreter es wagen dürfen, zu dieser Frage nicht auch noch sein Votum abzugeben? „Wo alles spricht, kann Karl allein nicht schweigen.“ Und so mußten die armen Journalisten — andere Leute, außer natürlich jenem Herrn in der Loge, dessen Gesicht sich inzwischen erheblich geglättet hatte, hörten natürlich nicht mehr zu — mit verbissenen Mienen ihren Griffel auch noch diesem „Votum“ eilig folgen lassen, bis endlich auch dieser Schmerz überstanden war und die erhoffte Abstimmung erfolgte, an deren Ausgang natürlich von vorneherein niemand je gezweifelt hatte.

Das sind nun ganz unbestreitbar außerordentlich schwere Mängel unseres parlamentarischen Betriebes. Es sollte unter vernünftigen Leuten und unter Führung eines energischen Verhandlungsleiters doch wohl möglich sein, solche unnötigen Zeitverluste zu vermeiden, indem, wie es in andern Parlamenten auch geschieht, im Wege der Vereinbarung zu gewissen Punkten bestimmte Redner pro und contra ein für allemal festgesetzt werden, und nur diese.

Im weitern aber zeigt die Geschichte jener Zuckerfabrik Marberg mehr als alle theoretischen Ausführungen, an welchem Krebsübel unsere Wirtschaftspolitik krankt!

Nachdem das Finanzprogramm in vorbildlicher Disziplin von unseren Räten in einer durchaus annehmbaren Form erledigt wurde, kann man wohl die Hoffnung hegen, daß unsere Parlamentarier auch den Mut finden werden, jene allerdings weit erheblich schwierigere Frage unserer zukünftigen Wirtschaftspolitik unter

Führung eines entschlossenen Bundesrates zum Wohle des Gesamtvolkes zu lösen. Diese Lösung aber kann nur in einer entschlossenen Abkehr von der Subventions-Wirtschaft und von den staatssozialistischen Irrlehren eines Bundesrat Schultheß gefunden werden, für die die Zuckerfabrik Warberg ein Musterbeispiel darstellt. Dabei müssen wir uns natürlich völlig klar darüber sein, daß es uns nicht gelingen kann, allein und aus eigener Kraft mit dieser Wirtschaftspolitik radikal zu brechen. Denn die Folgen eines solchen plötzlichen Bruches wären heute verheerend. Dagegen muß sich bei uns in immer verstärktem Maße der Wille durchsetzen, in langsamer, aber zäh verfolgter Entwicklung den Anschluß an die Weltwirtschaft wieder zu erreichen und endlich konsequent mit einer Wirtschaftspolitik zu brechen, die im Grunde nur die Geschäfte der Noten und Rötisten besorgt, das Volk an den Rand des Abgrunds bringt, die Finanzen zerrüttet und mit ihrem hemmungslosen staatssozialistischen Estatismus in dem einzelnen Bürger die Lust zur Arbeit und Verantwortung mit folgerichtiger Sicherheit abtöten muß. Wir glauben, daß die Erledigung des Finanzprogrammes in dieser Richtung als hoffnungsvolles Vorzeichen gedeutet werden kann. Und wir hoffen, daß die Lösung mit Mut und Konsequenz in der Richtung gefunden wird, die Herr alt Bundesrat Mutsch in seiner grundsätzlichen Rede zur neuen Wirtschaftspolitik klar dargelegt hat. Wir möchten diese Rede, die unter dem Titel: „Der nationale Wiederaufstieg“ in No. 6 der „Schweizerischen Handelszeitung“ vom 6. Februar 1936 in extenso abgedruckt ist, unsern Lesern zum Studium sehr empfehlen.

\* \* \*

Wer die Schönheit oder den ausgeglichenen Fluß der Rede hören will, dem ist allerdings eine Gastrolle auf der Tribüne unseres Nationalrates weniger zu empfehlen. Es ist bemühend, wie außerordentlich wenig wirklich gute Redner in dem Rat der 187 zu finden sind. Auch am Bundesratstisch steht es nicht viel besser, doch macht hier der Chef des Eisenbahndepartements, Bundesrat Pilet, eine glänzende Ausnahme. Man mag diesem Manne mit Recht alle möglichen Mängel vorwerfen, allein derjenige, dem die Schönheit der Rede an sich noch etwas bedeuten mag, verzeiht ihm Vieles. Jedenfalls hat, allen Kritikern zum Trost, auch der Fluß der Rede insofern einen großen sachlichen Vorteil, als dem Redner ein dankbares und aufmerksames Auditorium zur Verfügung steht, das sich seiner Argumente natürlich umso lieber und leichter erinnert, je weniger holperig und eckig sie ihm vorgetragen wurden. Im Parlament selbst ist die Rednergabe mit wenigen Ausnahmen auf die Prominentenbank der Sozialdemokraten beschränkt und auch hier ist es ein Genuß, vielleicht oftmals ein gefährlicher, die flüssig vorgetragenen Argumente eines Herrn Bratschi oder des bekannten Johannes Huber anzuhören.

\* \* \*

Im übrigen sind es wohl immer dieselben Köpfe, die dem Beobachter auffallen. Hier ist vor allem zu erwähnen der unermüdliche Luzerner Nationalrat Walthier, der geistige Führer der katholisch-konservativen Fraktion, den die Leute oft und wohl nicht ganz zu Unrecht als den eigentlichen Leiter der schweizerischen Politik bezeichnen. Zweifellos sind schon viele Bundesräte nach seinem Willen gekommen und wieder verschwunden und wir möchten sagen, er sei gewissermaßen die „graue Eminenz“ im Parlamentsgebäude. Herr Walthier ist wohl über 70 Jahre alt und doch ist er auch heute noch der Eifrigste von allen. Wenn ein Redner nur entfernt etwas von Bedeutung zu sagen hat, so sieht man bestimmt Herrn Walthier, wie er mit gespannter Aufmerksamkeit, meist direkt vor dem Redner stehend, zuhört. Sonst aber ist er stets und ununterbrochen in Gespräche verwickelt; er ist der erste Mann außer dem Präsidenten, der zur

Sitzung erscheint, und der letzte, der sie verläßt. — Einen widerlich — streberhaften Eindruck dagegen macht der Jungbauernführer Müller aus Großhöchstetten. Ohne wirklich Bedeutsames vorzubringen, hat er die Nase auf eine aufdringliche Art stets zuvorderst und seine Gruppe macht einen herzlich unbedeutenden Eindruck, leider mit Einschluß unseres sehr verehrten Landsmannes, des Herrn Lanicca vom Heizenberg. Ihr geistiger Führer ist zweifellos Herr Gadien; er sitzt aber nicht bei den übrigen der Gruppe, sondern, entsprechend den Geheimnissen eines wohl etwas merkwürdigen Verteilungsplanes, ganz allein in der hintersten Reihe des rechten Sektors und dazu noch ausgerechnet neben Herrn Dr. Wetter aus Zürich! Die beiden verstehen sich aber ausgezeichnet und der politische Unterschied wird eigentlich immer erst deutlich bei Abstimmungen, denn hier sind die beiden zwei Tellern einer Waage vergleichbar: erhebt sich Wetter zum Ja, so bleibt Gadien sitzen, erhebt aber dieser sich, so bleibt mit ebensolcher Sicherheit sein Nachbar zur Rechten sitzen! Welcher findige Geist hat wohl die beiden nebeneinander gesetzt?

Indes sich in der prächtig ausgestatteten Wandelhalle Herr alt Bundesrat Murn mit Herrn Grimm in angeregtem, aber durchaus freundschaftlichem Gespräch unterhält — ob er ihm wohl die Entstehungsgeschichte der Broschüre „Soll der Sozi die Schweiz regieren?“ erzählt hat? — sieht man Herrn Duttweiler unentwegt herumrennen, den Mann, der nie stille sitzen kann. Er ist tatsächlich von einer direkt rührenden Aktivität besessen und wir müssen sagen, daß das Bild, das man sich in gewissen Kreisen gemeinhin von ihm macht, in der Hauptsache nicht zutrifft. Wir glauben Herr Duttweiler ist erheblich besser, als sein Ruf. Er mag gewiß in seinem wirtschaftlichen Fach jenes Maß von Rücksichtslosigkeit betätigen, das nun einmal irgendwie mit der freien Wirtschaft zusammenhängt und das andere, wenn auch vielleicht etwas verhüllter, ebenfalls betätigen. Aber im Grunde ist dieser Mann ganz fraglos ein großer Idealist, ein Mensch, der tatsächlich von der Idee erfüllt ist, die wirtschaftliche und die politische Ordnung besser machen zu müssen, als hätte ihm das Volk ein imperatives Mandat dazu gegeben. Deshalb spricht er auch immer „Im Namen des Volkes“. Wir hatten Gelegenheit, ihn zweimal sprechen zu hören. Er spricht mit großer Begeisterung und zweifellos echtem innerem Feuer; besonders dann, wenn er dem Parlament und seinen Mitbürgern die Sünden vorhält. Doch spricht er, technisch und dialektisch, wenigstens im Parlament, recht hilflos (man hat immer jene bedrückte Angst, daß er sich vergaloppiert!). Seine Ideen, die auf die Reinigung des politischen Lebens von Taktik und Zwischenträgertum hinauslaufen, bezwecken eine unmittelbarere Verbindung zwischen den Regierenden und der Masse des Volkes, für die er zu sprechen glaubt; er ist gewissermaßen ein Fanatiker der absoluten Demokratie und er traut dem Volk ohne weiteres die Entsagung zu, selbst schwerste Lasten auf sich zu nehmen, wenn man die direkte Verbindung mit ihm wieder herstelle. Aus diesem Grunde hörten wir ihn die Dringlichkeitsklausel bekämpfen, doch übersah er dabei völlig, daß eine Unterstellung des Finanzprogramms unter das Referendum unwiederbringliche Monate gekostet hätte. Einmal dieser Schwierigkeit bewußt geworden, verfiel er auf den eigentümlichen Gedanken, dem Bundesrat eine verfassungswidrige Abkürzung der Referendumsfristen zuzumuten und dies in öffentlicher Sitzung des Nationalrates! Daß er mit solchen Anregungen bei allen ernsthaften Leuten auf lächelnde Ablehnung stößt, ist selbstverständlich und auch seine eigene Fraktion folgt ihm keineswegs immer — so fiel sie zum Beispiel bei der Abstimmung über die Dringlichkeit völlig auseinander. Gutgesinnte Leute auf der Journalisten-Tribüne versicherten mir denn auch, daß ihnen Herr Duttweiler im Grund leid tue; er verpufft seinen großen Idealismus in außerordentlich ungeschickt vorgetragenen Wendungen und Argumenten, stolpert bei jeder Gelegenheit über die Geschäftsordnung und ist alles in allem ein billiges Opfer in den Händen



gewiegter parlamentarischer Taktiker. Um seine Fraktion steht es im allgemeinen nicht viel besser und wenn es im Parlament mit diesen „Unabhängigen“ so weiter geht, dann wird ein glanzvoller Mißerfolg nicht ausbleiben. Ein Gespräch mit einem Herrn, der dieser Gruppe sehr nahe steht, überzeugte uns davon, daß man in der Gruppe selbst keineswegs mit einer langen Lebensdauer rechnet.

\* \* \*

In jenen Tagen gingen wir oftmals in der prächtigen Wandelhalle des Nationalrates auf und ab, immer treu behütet von einem bereitwilligen Parlamentarier, und da wurde viel von der Neutralität der Schweiz gesprochen. Es ist nun kein Zweifel darüber möglich, daß der Sanktionenkonflikt in Genf und der Zwang für die Schweiz, zum ersten Male seit dem Februar 1920 für ihre Neutralität in praxi einzustehen, das Gefühl von Bundesrat, Parlament und Volk für die Verantwortung gegenüber unserer politischen Lage in erheblichem Maße gesteigert hat. Die Unterhaltung mit verschiedenen Parlamentariern brachte uns klar zum Bewußtsein, daß die überwiegende Mehrheit des Parlaments nicht gewillt ist, irgend etwas von der uns verbliebenen Neutralität abzugeben, vielmehr ist sie im Gegenteil bestrebt, diesen ja nicht mehr absoluten Begriff der Neutralität so weit wie möglich auszulegen und diese Auslegung auch bei den Mächten durchzusetzen. Und weiter ist es ebenso sicher, daß auch der Chef des Politischen Departements, Herr Bundesrat Motta, nicht nur diese Auffassung durchaus teilt, also darauf beharrt, die Grenzen unserer Neutralität aus unserer eigenen Souveränität zu bestimmen, sondern im weitern entschlossen ist, bei der nächsten passenden Gelegenheit eine saubere Anerkennung dieses unseres Standpunktes bei den maßgebenden Mächten zu erreichen. Dies ist keine leichte Aufgabe, aber der Entschluß steht im Politischen Departement in dieser Richtung fest. Wir können uns über diese Entschlossenheit nur freuen — und hoffen, daß sie anhalte! Denn, wie im gegenwärtigen afrikanischen Konflikt je länger desto weniger eine wirkliche Gefahr für die schweizerische Neutralität drohen dürfte, ist es umso wichtiger, für künftige Gefahrenmomente ein für allemal reinen Tisch zu machen. Die Verhältnisse in Europa, die ungeheure Spannung, insbesondere um das Gebiet des Donauraumes, lassen eine Konfliktsgesfahr über kurz oder lang durchaus in den Bereich des Möglichen treten. Für diesen Fall uns nicht nur im Rahmen der Londoner Erklärung, sondern in extensiver Auslegung ihres Inhaltes zu sichern, ist heute die Aufgabe des Bundesrates. Wir wissen, daß sie nicht leicht ist, aber wir wissen auch, daß man im Politischen Departement gewillt ist, das Erforderliche zu tun. Die Debatte über die Neutralitätspolitik der Schweiz hat im weitern auch gezeigt, daß das Parlament in diesem Bestreben in seiner überwiegenden Mehrheit geschlossen hinter dem Bundesrat steht und im Volke ist es nicht anders. Das sind, bei allen erkennbaren Schwierigkeiten der Lage, erfreuliche, aber nicht weniger zutreffende Feststellungen und dabei ist uns besonders wertvoll, daß wir heute auf die vorbehaltlose Unterstützung unserer weichen Mitbürger in dieser Politik rechnen können.

\* \* \*

Wenn so das Problem unserer staatspolitischen Neutralität einer Lösung entgegen zu streben scheint, die, immer ausgehend von unserer nun einmal feststehenden Zugehörigkeit im Völkerbund, nach Lage der Dinge wohl die bestmögliche Lösung bedeutet — der Austritt aus dem Völkerbund bleibt als ultima ratio bestehen, ist aber heute nicht aktuell — so steht es andererseits mit der psychologischen Neutralität, mit dem Neutralitätsempfinden des Volkes, allerdings nicht zum Besten. Blißartig wurde diese Lage — gerade während der Januaression der Räte — beleuchtet durch die famose Eingabe von

über 100 Parlamentariern zu Gunsten des Herrn v. Ossietzky. Dem Leser sind Inhalt und Bedeutung dieser Eingabe wohl noch gegenwärtig, sodaß wir es uns versagen können, darauf einzugehen. Interessant aber ist, festzustellen, wie es eigentlich zu diesem Schildbürgerstreich kommen konnte. Im Grunde hat sich ein großer Teil der Parlamentarier durch den sozialistischen Abgeordneten Dr. Dprecht an der Nase herumführen lassen. Herr Dprecht ist der eigentliche Sieger in dieser traurigen Affäre, während Herr Deri höchstens „zweiter Sieger“ ist, wenn er nicht überhaupt schon zu den Düpierten gehört. Mutatis mutandis spielte sich die Sache ungefähr so ab, daß Dprecht die Angelegenheit hinter Herrn Deri steckte, der dann seinerseits als Mitglied unserer Völkerbundsdelegation — wie Lange noch? — bei den bürgerlichen Herren kraft seines sogenannten außenpolitischen Prestiges leichtes Spiel hatte. So kam es, daß sogar die beiden Präsidenten unterschrieben und nach ihnen viele, viele andere, darunter auch solche, die man entschieden lieber nicht in der Gesellschaft gesehen hätte. Es war also eigentlich mehr oder weniger ein Bluff. Wir wollen die Frage nicht aufwerfen, ob alle wußten, was sie unterschrieben.

Wir selbst haben Herrn v. Ossietzky vor nunmehr 21½ Jahren in einem preussischen Konzentrationslager gesehen und auch mit ihm gesprochen. Der Nationalsozialismus hat diesen Pazifisten anscheinend für sehr gefährlich angesehen, denn er wurde unmittelbar nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, wo er wegen Verrats militärischer Geheimnisse eine überjährige Strafe abgeessen hatte, im administrativen Wege ins Konzentrationslager gesteckt, wo er sich heute, nach über drei Jahren, noch befindet. Es scheint nun eben zu den Geheimnissen nationalsozialistischer „Rechtspflege“ zu gehören, daß es möglich ist, Leute nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis durch rein administrative Maßnahmen — aus politischen Gründen, nicht etwa im Sinne einer kriminellen Sicherungsverwahrung — ihrer Freiheit zu berauben und es ist ebenso unzweifelhaft, daß die gesamte Kulturwelt außerhalb Deutschlands — und Österreichs! — ein solches System ablehnt, mag man es nun „revolutionär“ begründen oder anders. Um aber dieser Angelegenheit so gut wie möglich auf den Grund zu kommen, haben wir uns von amtlicher deutscher Seite eine Zusammenstellung der Vorwürfe gegen Ossietzky und des Tatbestandes, der ihm vorgehalten wird, zu besorgen bemüht. Die deutsche Amtsstelle hat uns nun hierüber das Folgende mitgeteilt:

„G. von Ossietzky, der seit 1912 der Deutschen Friedensgesellschaft als Mitglied angehörte, hat seit Kriegsende jahrelang durch seine schriftstellerische Tätigkeit in den verschiedensten Zeitungen und Zeitschriften in volkszeretzender Weise Propaganda getrieben. Er schrieb seine Leitartikel in die Zeitungen „Die Berliner Volkszeitung“ und der „Montag Morgen“, sowie in die Wochenschrift „Das Tagebuch“. Ferner war er maßgebend an der Organisation der „Nie-wieder-Krieg“-Bewegung beteiligt, die die alljährlich Anfang August stattfindenden „Nie-wieder-Krieg“-Demonstrationen abhielt. Seit Ende 1926 übernahm er als verantwortlicher Redakteur die Leitung der pazifistischen Zeitschrift „Die Weltbühne“. Seine Mitarbeiter setzten sich aus Kreisen zusammen, die für ihre feindliche Einstellung gegen alles Nationale bekannt waren (z. B. Tucholski, Förster, Helmut von Gerlach, Kurt Hiller, Sternberg usw.).

Es konnte nicht ausbleiben, daß Ossietzky trotz der vor 1933 gegen Landes- und Volksverräter geübten milden Rechtsprechung in vielen Fällen mit dem Gesetz in Konflikt kam. Er ist mehrmals wegen Vergehens gegen das Pressegesetz und wegen Beleidigung zu Geldstrafen verurteilt worden. Auch wegen Landesverrats schwebten gegen ihn mehrere Verfahren beim Reichsgericht. In der Landesverratssache von 1926 wurde er beschuldigt, durch Veröffentlichung des Artikels „Frontwechsel des Jungdo“, in welchem er sich über die Subventionierung einer Anzahl politischer Verbände durch die Reichswehr



ausließ, versuchten Landesverrat getrieben zu haben. Zu einer Verurteilung des von Ossietzky ist es allerdings in diesem Verfahren nicht gekommen, vielmehr wurde das Verfahren auf Grund des Amnestierungsgesetzes vom 14. Juli 1928 eingestellt.

In einem weiteren Landesverratsverfahren von 1929 wurde er am 23. November 1931 vom Reichsgericht wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Verurteilung erfolgte wegen Presseveröffentlichungen über militärische Vorgänge, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung geboten war."

Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß Herr v. Ossietzky einmal wegen Verrats militärischer Geheimnisse mit einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis vorbestraft ist. Er hat diese Strafe abgeessen. Die übrigen Vorwürfe gegen ihn sind rechtlich zweifelsohne nicht faßbar; es geht aber aus den Ausführungen in dem Dokument hervor, daß Ossietzky als Pazifist der politischen Linie des heutigen Reiches diametral widerspricht. Aus diesem Grunde befindet er sich seit drei Jahren in administrativer Verwahrung und niemand ist in der Lage, abzusehen, wie lange diese einzigartige Maßnahme noch dauern wird. Im übrigen hat er — sei es aus Idealismus oder nicht — sein Vaterland verraten, und das macht ihn nun einmal für normal empfindende Menschen nicht sympathisch.

Wie bereits betont, ist es uns nun einmal nicht möglich, jener Einsperrung in ein Konzentrationslager das Verständnis entgegenzubringen, das man vielleicht im Deutschen Reich als selbstverständlich betrachtet und wir glauben, daß die ganze Welt ungefähr denselben Standpunkt einnimmt. Auch gibt es kein Gesetz noch eine sonstige Verpflichtung, die uns hindern kann, als Privatperson dieser Ansicht Ausdruck zu geben und den Wunsch auszusprechen, daß auch im Dritten Reich endlich mit dieser eigentümlichen „Rechtsanwendung“ abgefahren werde. Was aber andererseits das Maß des Zulässigen bestimmt überschreitet, das sind nun S a m m e l = p r o t e s t e s c h w e i z e r i s c h e r A b g e o r d n e t e r, die, mögen auch die Einzelnen als Privatleute gehandelt haben, den Charakter des Halboffiziellen nun einmal nicht verleugnen können. Uns scheint, daß hier die durch das Neutralitätsempfinden gesteckte Grenze überschritten wurde. Sympathie und Antipathie im neutralen Staate sind gewiß das Recht des einzelnen Bürgers und niemand wird es wagen, dem Bürger dieses Recht zu schmälern. Der P a r l a m e n t a r i e r aber ist schließlich mit dem Augenblicke seiner Wahl nicht nur mehr Privatmann, sondern auch in diesem Falle, insbesondere, wenn schon mehrere gemeinsam auftreten, V e r t r e t e r d e s V o l k e s, und als solcher legt ihm die Pflicht zur Neutralität gewisse Bindungen auf, die nicht zu beachten in letzter Linie eine Schädigung des Volksganzen in sich schließt. Schließlich ist eben die Neutralität nicht nur ein papierener oder formeller Begriff, sondern eine Empfindung, die irgendwie im Volksganzen ruht, und aus der allein der formelle Begriff überhaupt seinen Inhalt ziehen kann. Ohne diese p s y c h o l o g i s c h e N e u t r a l i t ä t ist die papierene ein leerer Schemen, ein Wesen ohne Fleisch und Blut, das kein Mensch auf der Welt ernst nimmt. Das aber ist das Entscheidende: daß auch gegenüber uns völlig unverständlichen Maßnahmen fremder Staaten diese Neutralitätsempfindung uns vor einem Überschreiten jener Grenze bewahrt, die im Sinne einer materiellen Anerkennung unseres Neutralitätswillens nicht wir, sondern die umliegenden Staaten abstecken. In letzter Linie nützt es uns ja gar nichts, wenn wir unsere Neutralität in alle Welt hinausposaunen, dabei aber uns keinen Deut darum kümmern, ob diese Neutralität auch wirklich von allen umliegenden Staaten als solche empfunden wird, um dann auch, im Falle der Gefahr, respektiert zu werden.

\* \* \*

Das selbe gilt auch von der Einstellung der Presse. Grundsätzlich

dürfte gar nichts dagegen gesagt werden, wenn gelegentlich ein wildgewordener Redaktor seinem Unmut über gewisse innenpolitische Maßnahmen jenseits unserer Nordgrenze Ausdruck gibt. Schließlich stehen wir in der deutschen Schweiz doch immer noch in einer gewissen kulturellen Verbundenheit mit dem großen Raume jenseits des Rheins, obwohl von dieser Verbundenheit nachgerade, und nicht durch unsere Schuld, nicht gerade viel mehr übrig geblieben ist, als der Gleichklang der Sprache. Aber man wird und muß es doch auch in Deutschland verstehen, daß der Einzelne bei uns an so grundstürzenden Wandlungen ihm mehr oder weniger vertrauter Verhältnisse innern Anteil nimmt, und diesen Anteil, entsprechend der Schärfe der beobachteten Maßnahmen, auch manchmal etwas drastisch zum Ausdruck bringt.

Nun ist es aber leider in den letzten Monaten, insbesondere aber in den letzten Wochen, mit Teilen unserer Presse erheblich anders gekommen. Was man seit Monaten in der sozialistischen Presse — von der Moskauer ganz zu schweigen — und in der „Basler Nationalzeitung“ über Deutschland liest, das ist nicht mehr Kritik, sondern ein Schmutzstrom, der durch keine Schleusen, Dämme noch Kanäle mehr beschränkt oder geleitet wird. Und hier ist nun wirklich kein Unsinn dumm genug, um nicht in behaglicher Breite ausgewalzt zu werden. Der geduldige Leser dieser Zeitungen wird so mehr und mehr in eine Stimmung kritischer Hölle hineingeführt, wo er nachgerade geneigt ist, überhaupt allen und jeden Blödsinn zu glauben, den ihm solche journalistischen Taufensaffas wie z. B. Herr Edward Behrens vorsehen.

Un sich ist das alles aber gar nicht so neu. Als vor nunmehr 13 Jahren Mussolini die Macht in Italien ergriff, erlebte man jahrelang genau dasselbe Schauspiel und am Ende ist das ganze rote Theater verpufft, ohne irgendwelche weitergehenden Wirkungen zu hinterlassen. Wir möchten deshalb auch bezüglich der Einstellung dieser Presse zum Nationalsozialismus nicht schroffen Eingriffen des Bundesrates das Wort reden. Schließlich haben wir immer noch eine verfassungsmäßig garantierte Pressefreiheit und es widerspricht unserem demokratischen Empfinden, an diesem Grundsatz zu rühren. Gegen die ärgsten Auswüchse hat sich der Bundesrat durch seine Verordnung vom März 1934 die Waffe der Verwarnung und des Verbotes in die Hand gegeben, aber wir verstehen durchaus, wenn er sparsam damit umgeht — aus prinzipiellen wie aus praktischen Erwägungen. Nur sollte es eben nicht so weit kommen, daß ganze Volksteile in eine hoffnungslose Hasspsychose hineinmanövriert werden können, denn dadurch wird eben die Grundlage unserer Neutralitätspolitik aufs Ernsteste gefährdet. Geht das Treiben so weiter, so gelingt es der roten Presse, uns völlig in das Fahrwasser der bolschewistischen Politik gegenüber Deutschland hinein zu leiten, was wir uns nun einmal nicht erlauben können, ebenso wenig wie eine so hemmungslose Hezpolitik, wie sie z. B. in der tschechoslowakischen Presse, vor allem der deutsch geschriebenen, beliebt: der Unterschied ist der, daß in der Tschechoslowakei niemand behauptet, er sei neutral, während bei uns schließlich immer noch auf die Neutralität gepocht wird.

Es sollte also im Laufe der Zeit doch möglich sein, ohne allzu schroffe Eingriffe ein gewisses Übermaß pathologischer Kritik abzustellen. Erinnern wir uns weiter daran, daß solche Bewegungen und Hassströme sich immer einmal von selbst totlaufen, weil es den Leuten verleidet, täglich dasselbe zu hören. So ging es gegenüber Italien und so dürfte es auch gegenüber Deutschland gehen. Übrigens wird uns ja von jenseits der Grenze dauernd versichert, daß das neue Regime tausend Jahre dauern werde und solange kann schließlich auch das „Volkrecht“ nicht immer dasselbe schreiben, sonst geht ihm die Druckerschwärze aus und den Lesern die Geduld!

Im Politischen Departement hat man, wie wir zu wissen glauben, die übersteigerten Presseangriffe schon längst bedauert, und die Auffassung über die

Notwendigkeit der psychologischen Neutralität, wie sie in den leitenden Stellen des Politischen Departements besteht, dürfte ungefähr dem entsprechen, was wir hier darzulegen versucht haben. Es ist anzunehmen, daß die grundsätzliche Vereinigung und Absteckung des Bereiches unserer Neutralität in unseren Beziehungen zu Deutschland und der Pflichten, die sich — nicht nur für uns, sondern auch für das Reich — aus dieser Neutralität ergeben, auch in dieser Beziehung Klarheit und Ordnung schaffen werden, soweit dies bei der heute herrschenden Stimmung überhaupt möglich ist. Aber Voraussetzung dafür ist, daß der Bundesrat gegenüber einer gewissen Presse endlich etwas schärfer zugreift!

\* \* \*

Die Schüsse von Davos haben gezeigt, wie dringend notwendig es ist, Ordnung zu schaffen. So sehr wir nun allerdings die Schreibweise einer gewissen schweizerischen Linkspresse verurteilen, so wenig können wir uns andererseits den Leuten anschließen, die von einer Mitschuld dieser Presse an der Ermordung des Herrn Gustloff zu sprechen wagen. Das sind unverantwortliche und gefährliche Übertreibungen. Tatsache ist einzig, daß Gustloff das Ziel maßloser Angriffe politischer Natur geworden ist, obwohl er sich nichts hat zu schulden kommen lassen. Das geht aus den Berichten des Bundesrates hervor. Aber seine Ausweisung wurde nicht deswegen verlangt, weil er sich bestimmter Delikte gegen die schweizerische staatliche Sicherheit schuldig gemacht hätte, sondern im Grunde einfach deswegen, weil er der vorderste politische Exponent einer ausländischen Partigruppierung in der Schweiz war. Daraus aber nun ableiten zu wollen, unsere sozialistische Presse habe dem Mörder Frankfurter gewissermaßen die Waffe in die Hand gedrückt, ist irrig und zurückzuweisen. Denn darüber ist sich wohl alle Welt klar, daß Herr Gustloff der Rache eines Juden zum Opfer gefallen ist, eines Juden, der mit seinen Schüssen die Knechtung des Judentums in Deutschland zu rächen glaubte. Offenbar spielte es für ihn keine Rolle, welchen Exponenten des Nationalsozialismus seine Schüsse trafen; da er nun aber in der Schweiz lebte, ist es nicht ganz unverständlich, daß er sein Opfer in dem obersten Leiter und ersten Repräsentanten des Nationalsozialismus in seinem Gastland suchte und fand. Ob und inwieweit die Haltung unserer Linkspresse ihn dabei beeinflusste oder nicht, ist zur Zeit überhaupt nicht feststellbar und zur Feststellung der Motive der Tat auch gar nicht notwendig. Die psychologische Begründung der Tat läßt sich allein aus der Eigenschaft des Täters als Jude und offenbaren Fanatiker erklären. Im Grunde handelt es sich um einen politischen Mord ähnlich dem Fall Conrardi-Worowsky, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Frankfurter ist zum Glück weder Schweizer, noch ist er auch Emigrant; er ist jugoslavischer Staatsbürger und wählte unser schweizerisches Territorium, das sein Gastland war, für eine unselige Tat, durch die er seine Blutgenossen zu rächen glaubte. Dies, so scheint uns, ist der Tatbestand.

Wir haben bereits betont, daß Herr Wilhelm Gustloff sich nichts zu schulden kommen ließ. Er war ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle und wir bedauern diese Tat aufrichtig. Die Folgerungen aber, die im Anschluß an die Tat sowohl in der schweizerischen, wie auch in einem Teil der deutschen Presse zu lesen waren, mahnen zum Aufsehen. Dabei muß allerdings anerkannt werden, daß die deutsche Regierung in vorbildlicher Zurückhaltung die beginnende Polemik der deutschen Presse von Anfang an abgestellt hat. Hoffentlich macht sie nun dasselbe mit dem „ZDS, Zeitungsdiens aus der Schweiz“, verantwortlicher Herausgeber: Norbert K. Enger, Zürich. Dieser Herr Enger gibt schon seit Monaten eine sogenannte „Korrespondenz für die deutsche Presse“ aus der Schweiz heraus, die sich so ungefähr durch das Gegenteil von Objektivität auszeichnet. Der Leser weiß aus der Presse, wie sich Herr Enger zum Mord an Gustloff geäußert hat und daß er ziemlich unverhüllt einen Eingriff des deutschen Reichskanzlers zu

Gunsten des Auslanddeutschtums in der Schweiz zu provozieren gedachte. Wenn man auch verstehen kann, daß Herr Enger, der ein persönlicher Freund des Herrn Gustloff war, unter dem Eindruck der Tat das Temperament durchgegangen ist, so sollte doch eine solche Äußerung auf unserem Boden unmöglich sein. Der Bundesrat hat Herrn Enger verwarnt und das dürfte vorerst genügen.

Zudem polemisiert die sozialdemokratische Presse nach wie vor gegen den Bundesrat und verlangt nichts weniger als den Rücktritt der Herren Motta und Baumann. Mit welcher Kompetenz sie das tut, bleibe dahingestellt; es ist zu hoffen, daß der Bundesrat in seiner ruhigen Politik festbleibt und sich durch das Geschrei der marxistischen Presse nicht beeinflussen läßt.

Denn es steht außer Zweifel, daß unser Bundesrat nach dem Attentat von Davos sich vor schwere und grundsätzliche Entschlüsse gestellt sieht. Die traurige Angelegenheit muß wenigstens den einen positiven Erfolg haben, daß unsere Beziehungen zu Deutschland im Wege beidseitigen Entgegenkommens in Bahnen gelenkt werden, wo nicht von einem Tag auf den andern unliebsame Zwischenfälle zu befürchten sind.

Die europäische Lage im Gesamten ist so ungeheureren, daß wir nach allen Seiten, ebenso gut im Verhältnis zu Deutschland wie zu den Mächten des Völkerbundes, uns beschleunigt die Anerkennung unserer Neutralität sichern oder, soweit notwendig, sie wieder herstellen müssen. Jeder Tag, der in dieser Richtung nutzlos verstreicht, ist angesichts der bestehenden Spannungen nicht wieder einzubringen.

„Der Volksbund für die Unabhängigkeit für die Schweiz“ hat bereits in einer Eingabe, abgedruckt in diesen Hefen im Mai/Juni 1935, im Sommer letzten Jahres das Verbot sämtlicher ausländischer Parteiorganisationen (Nationalsozialisten, Faschisten und Kommunisten — diese, soweit es sich um Ausländer handelt, —) angeregt. Der Bundesrat sollte nun unseres Erachtens diesen Weg konsequent beschreiten und als ersten Schritt darauf hinwirken, daß die Stelle eines Landesleiters der Nationalsozialistischen Partei in der Schweiz nicht mehr besetzt wird. Im übrigen aber ist es selbstverständlich, daß nur ein absolut gleichmäßiges Vorgehen gegen alle ausländischen Parteiorganisationen in Frage kommen kann. Einseitige Maßnahmen sind abzulehnen, weil sie mit der Neutralität nicht vereinbart werden können. Die von uns angeregte Generalreinigung sollte allerdings mit Beschleunigung durchgeführt werden.

Im weiteren dürfte es wohl angezeigt erscheinen, die bei uns lebenden politischen Emigranten wieder einmal einer Musterung zu unterziehen und unliebsame Elemente, also solche, die das Politisieren nicht lassen können, an die Grenze zu stellen. Immerhin möchten wir hier keineswegs so weit gehen, wie Herr Henne in der „Front“ vom 6. Februar, der verlangt, daß das „gesamte jüdische Emigranten-Geschmeiß aus unserem Lande hinausgejagt werde“. Erstens einmal haben wir hier keine antisemitische Politik zu treiben. Zweitens war Frankfurter überhaupt kein Emigrant — und hier ist die Argumentation des Herrn Henne völlig unrichtig — und drittens haben wir immer noch ein Asylrecht, das wir wenigstens im Grundsatz bewahren wollen. Es kann sich also nicht darum handeln, das Kind mit dem Bade auszuschütten und nun einfach die ganze Emigration an die Grenze zu stellen. Aber die Ansetzung eines Siebes wäre bestimmt nicht unzweckmäßig.

Wenn in dieser Richtung konsequent vorgegangen wird, so sollte die dringend notwendige Erleichterung eintreten. Erforderlich ist aber weiter, daß der Bundesrat sich endlich entschließt, gewisse Übertreibungen und Heßkampagnen unserer Linkspresse bürgerlicher oder roter Couleur energisch abzustellen, selbst unter Zuhilfenahme des Verbotschwertes. Und wenn von der Gegenseite aus dafür



gesorgt wird, daß gewisse Pressekorrespondenzen, wie der „Zeitungsdiens t aus der Schweiz“, entweder verschwinden, oder sich eines etwas weniger überheblichen Tones befleißigen — die Entgleisung des Herrn Enger war nämlich nicht die erste — dann sollte es möglich sein, die gespannten Beziehungen zu normalisieren, und bei — dann sollte es möglich sein, die gespannten Beziehungen zu normalisieren, und bei aller notwendigen gegenseitigen Freiheit der Kritik mit Deutschland wieder in ein einigermaßen erträgliches Verhältnis zu kommen.

Wer Gelegenheit hatte, in den letzten Wochen die außerordentlich gefährlichen europäischen Spannungen in Gesprächen mit führenden Staatsmännern zu beobachten, dem muß die Wiederherstellung unserer normalen Beziehungen als neutraler Staat nach allen Seiten äußerst dringlich erscheinen. Niemand kann sagen, ob nicht Europa über kurz oder lang schwersten Konflikten entgegengeht. Möge der Bundesrat und mit ihm das Volk alles an die eine, große, an unsere geschichtliche Aufgabe setzen: daß nämlich an dem Tage, wo das Unglück über Europa hereinbricht und unsere Nachbarn, vielleicht zu ihrer letzten Vernichtung, das Schwert ziehen...: daß an diesem Tage der Schild unserer Neutralität blank sei, so blank, wie er im Juli 1914 war. Die Aufgabe ist ungeheuer schwierig, aber wir glauben nicht, daß sie unlösbar sei.

Zürich, Mitte Februar 1936.

Jann v. Sprecher.

# Kultur- und Zeitfragen

## Deutsche Malerei im 19. Jahrhundert.

### Zur Berner Kunsthalle-Ausstellung.

Das vergangene Jahrhundert, aus dessen Schatten wir, abgewandten Blickes, immer noch herauströben, hat den nachfolgenden Zeiten zwei große Gaben dargebracht: eine neuartige, zwar mitunter in Überheblichkeit sündigende Naturverbundenheit und die ihr entspringende Malerei. Es geht mit den Kunstwerken wie mit allem großen, langsam wirkenden Erleben, sie brauchen Zeit, um in uns auszureifen. Vielleicht ist das der Grund, warum eine rückgreifende Kunstschau uns mit einer warmen, ganz spontanen Freude erfüllt, wie gegenwärtige Kunst sie nur selten spendet. Oder sind wir wirklich so arm geworden, so zerrissen in der Seele, daß unsere Künstler kaum mehr gelöst beseligende Werke hervorzubringen vermögen? Im Vergleich zu unserer Moderne war das doch keineswegs eintönige Ringen in Fragen des Kunstschaffens gefestigt, durch Spannungen belebt, aber nicht abgrundtief aufgespaltet, vertrauensvoll an die Großen der Vorzeit gewendet und technisch wohl unterbaut von einer gesunden handwerklichen Schulung.

Was Dr. Huggler, der Betreuer der Berner Ausstellung, aus der breiten Fülle deutscher Malerei des 19. Jahrhunderts erwähnt hat und was er in weiser Beschränkung versagt, begründet er mit seinem Ziele das eigentümlich Malerische in dieser Spanne darlegen zu wollen. Da überrascht es denn freilich, daß der Nachdruck auf der ersten Jahrhunderthälfte liegt, indes die Künstlergeneration, die zu unserm Schaffen hinleitet, nicht zu Worte kommt. Die Historienmalerei, die in Deutschland verganglichere Werte zeitigte, ist nicht vertreten, auch fehlen die Nazarener. Umso besser dürfen wir uns und mit Recht an den Landschaftsbildern der Romantik erlaben. Die heroische Landschaft, die über das tänzerische Empfinden des Rokoko hinweg vom Pathos des Barock her lebendig geblieben war, wandelte sich zur reichen, durchfühlten und durchdachten Landschaftskomposition, wie C. D. Friedrich, Büchel, Schirmer, v. Rohden sie pflegten. Das Weltbild, das sie schaubar machten, hatte sich am Feuer Rousseaus entzündet und glühte im Geiste der Romantik. Ein neues Gefühl für eine unberührte, vom großen Atem des Schöpfers